

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

Köthen (Anhalt), 13.07.2017

über die 19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Köthen  
(Anhalt)  
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	22.06.2017	Ort :	06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn :	18:30	Straße :	Marktstraße 1-3
Ende :	21:41	Raum :	Ratssaal

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

32 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB), (OB)  
Ina Rauer (DEZ), (Dezernat 6)  
Jürgen Richter (AL), (Amt 10)  
Sabine Pennewitz (AL), (Amt 14)  
Dana Rösler (AL), (Amt 20)  
Birgit Schlendorn (AL), (Amt 40)  
Bernd Albrecht (Ltr.), (Bereich 103)  
Markus Kohl (jur. MA), (Bereich 030)  
Ilona Häckel (AL), (Ratsbüro)  
Caroline Hebestreit (PrRef), (Ratsbüro)  
Anja Kahlmeyer (Prot), (Ratsbüro)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

Mitteldeutsche Zeitung, mehrere Einwohner

Tagungsleitung :

Dr. Werner Sobetzko | Besitzerin: Renate Schmidt

Schriftführer :

Anja Kahlmeyer

---

**Stadtratsvorsitzender**

**Oberbürgermeister**

**Protokollführerin**

Dr. Werner Sobetzko

Bernd Hauschild

Anja Kahlmeyer

---

## Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
<b>1</b>	<b>Eröffnung</b>	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
<b>2</b>	<b>Behandlung der öffentlichen TOPs</b>	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen	-
2.5	Beschluss über die Zulässigkeit des Einwohnerantrages gegen die hohen Kita- und Hortgebühren und unpraktikablen Hortzeiten	2017092/1
2.6	Kündigung der Kulturverträge mit der Köthen Kultur und Marketing GmbH (im Folgenden "KKM GmbH") und dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld (im Folgenden "LK ABI")	2017093/1
2.7	Umgang mit den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Fasanerie	2017094/1
2.8	7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1/8.2 "Beiderseits Merziener Straße" hier: Billigung des Planentwurfs und dazugehörige Begründung ohne Umweltbericht sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 13 (2) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB - Offenlagebeschluss	2017074/3
2.9	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Gelände der ehemaligen Förderanlagen- und Kranbau Köthen GmbH" in Köthen (Anhalt) hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) - Abwägungsbeschluss	2017076/3
2.10	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Gelände der ehemaligen Förderanlagen- und Kranbau Köthen GmbH" in Köthen (Anhalt) hier: Satzungsbeschluss	2017077/3
2.11	Teilaufhebung Sanierungsgebiet	2017070/3
2.12	Änderung Gestaltungssatzung Südliche Springstraße	2017062/3
2.13	Änderung Gestaltungssatzung Burgstraße bis Ritterstraße	2017071/3
2.14	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Änderung der Hauptsatzung	2017072/8
2.15	Beschluss gemäß § 12 Abs. 5 GKG LSA; Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers des Abwasserverbandes Köthen	2017058/2
2.16	Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen	2017091/1
2.17	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
<b>3</b>	<b>Behandlung der nichtöffentlichen TOPs</b>	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Veräußerung von Vermögensgegenständen	2017068/2
3.5	Konzessionsbericht zur GAS-Konzession (Köthen Energie GmbH)	2017079/2
3.6	Konzessionsbericht zur STROM-Konzession (enviaM)	2017080/2
3.7	Verkauf der Grundstücke Flur 29, Flurstück 102 und einer Teilfläche aus Flurstück 141/2	2017083/2
3.8	Vergabe eines mittleren Löschfahrzeuges für die Freiwillige	2017095/1

3.9	Ortsfeuerwehr Dohndorf Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-
-----	--	---

## Protokolltext

### 1.1 Einwohnerfragestunde

**Herr Schenk** äußert sich als Elternvertreter der Kita-Max und Moritz zur aktuellen Situation in der Kita, mit der die Eltern nicht zufrieden sind und stellt folgende Fragen, die zu Protokoll gegeben wurden:

1. Als bekannt wurde, dass für Frau Höppner eine Schwangerschaftsvertretung gebraucht wurde, meldeten sich mehrere Erzieherinnen freiwillig. Alle wurden abgelehnt. Warum?
2. Mit Frau Stimm wurde die teurere Lösung gewählt, Dadurch, dass sie jetzt zwei Einrichtungen leitet, erhält sie eine höhere Einstufung und kostet somit mehr Geld. Wie ist das mit den Wunsch der Stadt zur Kostenersparnis kompatibel?
3. Warum müssen wir mit einer teuren halb besetzten Leitungsposition in Vertretung leben, die sich nur mit minimalem Arbeitseinsatz für die Einrichtung einbringt?
4. Es wurde angekündigt, dass alle Kita-Konzepte der Stadt miteinander verglichen und deren Vor- und Nachteile herausgearbeitet werden. Gibt es mittlerweile einen Zeitplan dafür? Ist immer noch geplant, dabei auch externe Experten hinzuzuziehen? Die Interpretation eines Konzeptes kann ja durchaus unterschiedlich ausfallen.
5. Warum wurde die Stelle der Schwangerschaftsvertretung von Frau Höppner nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern intern vergeben? Ist dies mit den Regularien des öffentlichen Dienstes konform? Warum werden laut Personalrat generell keine Stellen für den Kita-Bereich ausgeschrieben. Woher kommen die Bewerber und wer entscheidet darüber wer eingestellt wird? Job bei der Stadt Köthen nur noch über Vitamin B?
6. Im Laufe der Gespräche wurden oftmals Belegungsstatistiken angesprochen. Wurde die mittlerweile erstellt? Falls ja, würden wir gerne Einblick in diese Statistiken erhalten. Weiter würde uns interessieren, wie viele Kinder davon anschließend in anderen städtischen Einrichtungen betreut werden.
7. Was passiert, wenn Frau Höppner aus der Elternzeit zurückkommt?
8. Wann wurde der Elternrat des „Pinocchio“ über die Pläne informiert? Sie wirkten vorbereitet und warben intensiv für die Pläne.

Der **Stadtratsvorsitzende** bedankt sich für die Ausführungen und teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

**StRn Buchheim** ist irritiert, dass die Fragen nicht sofort beantwortet werden.

Der **Obm** erklärt, dass er es für besser hält, wenn die Fragen schriftlich und fundiert beantwortet werden. Zur Frage 5 teilt er mit, dass für die Stadt keine Ausschreibungspflicht besteht.

**Herr Stahl** führt Folgendes aus: (Protokoll nach Vorlage der Rede, es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
in der letzten Sitzung des Stadtrates habe ich eine Frage zu den Verlusten des Abwasserverbandes Köthen in Zusammenhang mit einem Derivatgeschäft gestellt, jedoch von Ihnen – sehr geehrter Herr Dr. Sobetzko – bis zum heutigen Tag keine Antwort erhalten. Zu meiner Verwunderung wurde mir zwar eine Kopie eines Schreibens des Verbandsgeschäftsführers des Abwasserverbandes an den – wörtlich – „Oberbürger Hauschild“ durch das Ratsbüro übersandt. Ich wusste bis dato nicht, dass – wenn hier im Stadtrat eine Frage gestellt wird – der Verbandsgeschäftsführer des Abwasserverbandes antwortet. Sie sind der Vorsitzende des Stadtrates und damit auch dessen Sprecher. Ich kann mir kaum vorstellen, dass alle übrigen 35 ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates damit einverstanden sind, wenn der Geschäftsführer des Abwasserverbandes für sie spricht. Kurz

zum Inhalt des Schreibens: Es ist inhaltsleer, nicht aussagekräftig und auf die Ahnungslosigkeit der Leser gerichtet. Wer negative Marktwerte eines realen Finanzgeschäftes mit theoretischen Vorfälligkeitsentschädigungen im Fall des gewünschten Vertragsbruches gleichsetzt und hofft, dass dem Ganzen Glauben und Vertrauen geschenkt wird, qualifiziert sich selbst ab.

Und egal, ob negativer Marktwert oder Vorfälligeitsentschädigung: Wenn der Betrag realisiert bzw. gezahlt wird, entsteht ein Verlust – im Fall des Abwasserverbandes Köthen von 11 Mio. EUR. Weiter will ich auf das Schreiben nicht eingehen. Es dürfte Ihnen ohnehin bekannt sein. Auch wenn Sie sich – sehr geehrter Herr Dr. Sobetzko – bzw. sich der Stadtrat zum Sachverhalt noch nicht geäußert haben. Einer hat bereits geantwortet, und zwar die Landesregierung in Form des Innenministers. Ich gebe die Kernsätze daraus gern zur Kenntnis: „Auf der Grundlage eines Erlasses des Ministeriums für Inneres und Sport vom 30. März 2012 wurden die Kommunen im Land Sachsen-Anhalt durch das Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen, dass der Einsatz von Zinsderivaten in kommunalen Körperschaften in Sachsen-Anhalt grundsätzlich nicht in Betracht kommt. - Dies liegt zum einen daran, dass die Risiken beim Einsatz von Zinsderivaten oftmals nicht überschaubar und eingrenzbar sind, ...“ Das Schreiben endet mit der Feststellung: „Verluste aus derivativen Finanzierungsinstrumenten stehen in keinem Zusammenhang mit dem Betrieb einer Einrichtung und der Leistungserbringung. ... Ein entstandener Verlust ist daher nicht gebührenfähig, so dass dieser im Wege einer allgemeinen Umlage ... von den Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes auszugleichen ist.“ Wenn es sich für den Abwasserverband Köthen bewahrheitet, dann sind das ca. 7 Mio. EUR für die Stadt Köthen. Da rückt die symbolische Abgabe des Stadtschlüssels wieder in den Mittelpunkt. Auch Sie erinnern sich sicherlich daran, Herr Hauschild. Nur hat die von Ihnen angekündigte, sofortige Besprechung mit den Vertretern der Stadt in der Verbandsversammlung meines Wissens nicht stattgefunden. Der Abwasserverband Köthen steht ja noch in einem anderen Zusammenhang auf der Tagesordnung. Und dies, obwohl die Verbandsversammlung einen rechtsgültigen Beschluss dahingehend gefasst hat, auf die Ausschreibung der Position des Verbandsgeschäftsführers nicht zu verzichten. Die Angelegenheit ist ohne Sachdebatte durch Beschluss des Stadtrates von der Tagesordnung abzusetzen, da diese nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt. Ich verweise auf § 2 Abs. 4 Ihrer Geschäftsordnung. Offenbar gefällt jedoch nicht jedem in der Verwaltung der Beschluss der Verbandsversammlung. Warum eigentlich nicht? Was gibt es zu verbergen? Warum soll jetzt ein nur seinem freien Gewissen unterliegendes, ehrenamtliches Mitglied des Stadtrates diszipliniert und sanktioniert werden? Wo gibt es die gesetzliche Grundlage dazu? Und müssen auch andere ehrenamtliche Mitglieder des Stadtrates mit ähnlichen Maßnahmen der Verwaltung rechnen, wenn sie in einem Gremium, Aufsichtsrat oder Ausschuss eine der Stadtverwaltung nicht genehme Entscheidung treffen? In der Sache selbst hat die Fraktion BI/Freie Wähler mit Schreiben vom 15. Mai (2017) gefordert, dass die Ausschreibung der Position nun zu forcieren sei. Soweit die Verwaltung in der gegensätzlichen Beschlussvorlage vorträgt, dass der Antrag erst in der übernächsten Sitzung des Stadtrates zu behandeln wäre, und man dies nun gnädigerweise mit in die Beschlussvorlage eingebaut hat, ist dies schlichtweg falsch. Hier wird seitens der Verwaltung wieder ein Täuschungsmanöver betrieben. Ich verweise auf § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Demnach ist der Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung zu setzen. Das Wort „spätestens“ wird seitens der Verwaltung wohl bewusst verschwiegen. Und mit welcher Berechtigung hat der Antrag der Vorsitzenden der Verbandsversammlung quasi eingebaute Vorfahrt? Bereits in der Stadtratssitzung am 15.12.2016 hatte ich gefragt, wie zukünftig sichergestellt werden soll, dass Anträge der Fraktion BI/Freie Wähler durch die Verwaltung gleichwertig und gleichrangig behandelt werden. Sie – sehr geehrter Herr Dr. Sobetzko – haben darauf mit einem undatierten Schreiben geantwortet. Ich frage Sie nun, wann lösen Sie ihr darin gegebenes Versprechen endlich ein? Abschließend einige Sätze zum Bürgerbegehren Fasanerie: Die Kommunalaufsicht ist der Auffassung der Verwaltung, die dort Kosten konstruiert, wo überhaupt keine sind, gefolgt. Ich erinnere noch einmal an die Kernforderung des Bürgerbegehrens: Aussetzung aller Abholzungsmaßnahmen in der Fasanerie und dem Ziethebusch bis Ende 2018. Dieser Zeitraum soll zur Erstellung von Konzeptionen genutzt

werden. Ob dies verwirklicht wird, ist offen. Es kommt nicht einmal zum Ausdruck, dass die Konzeptionen durch die Stadt erstellt oder beauftragt werden sollen. Wir alle wissen, dass seitens des Landeskreises eine entsprechende Verpflichtung dazu besteht. Und diesen aufzufordern, seinen Verpflichtungen nachzukommen, kann auch kein eigenes Budget beanspruchen. Wo bitteschön entstehen darlegungspflichtige Kostenpositionen?

Auch die Kommunalaufsicht ist diesbezüglich eine Antwort schuldig geblieben. Sie, geehrte Stadträte, haben sich schon zweimal mehrheitlich gegen die Verwaltungslinie gestellt. Dafür danke ich Ihnen auch im Namen tausender Unterzeichner des Bürgerbegehrens. Bleiben Sie sich selbst treu. Es ist auch keinesfalls so, dass die formulierten Forderungen des Bürgerbegehrens zwischenzeitlich bereits initiiert bzw. umgesetzt worden sind (FDP-Die Grüne Fraktion, Amtsblatt Nr. 3/2017 vom 31.03.2017, S. 22). Eine Aufrechterhaltung ist dringend erforderlich. Allein schon deshalb, um gemeinsam mit den Fraktionen Rahmenbedingungen und Einzelmaßnahmen festzulegen, die dann im Stadtrat beschlossen werden. Wenn die Verwaltung nicht zur Mitarbeit bereit ist, muss es halt ohne diese gehen. Ich baue dabei stellvertretend für jeden Unterzeichner des Bürgerbegehrens auf die tatkräftige Unterstützung jedes einzelnen ehrenamtlichen Mitgliedes des Stadtrates. Bereits jetzt meinen Dank dafür. Zum Schluss die folgende Frage: Der Tierpark ist Teil der Fasanerie und auch vom Bürgerbegehren betroffen. Aufgrund von Baumfällungen für das Wolfsgehege und anderen Maßnahmen stehen Ersatzpflanzungen aus. Wie hoch ist diese Anzahl nach Baumarten, und mit welchen Kosten ist zu rechnen? Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Obm** beantwortet einige Fragen von Herrn Stahl. Bzgl. des Gespräches mit Herrn Winkler zum Thema Derivate teilt der Obm mit, dass dieses aufschlussreich war und er anschließend keinen weiteren Gesprächsbedarf hatte. Daraufhin erging das Schreiben von Herrn Winkler an den Obm, welches Herr Stahl im Anschluss erhalten hat. Zur Gleichbehandlung der Anträge der Freien Wähler teilt der Obm mit, dass in dem speziellen Fall des Antrages zum Abwasserverband, der Vorsitzende der Freien Wähler am 24.05.17 eine sach- und rechtskundige Antwort erhielt, weshalb der Antrag der Vorlage beigelegt wurde. Wenn dieser mit der Antwort nicht einverstanden gewesen wäre, hätte er noch sehr viel Zeit gehabt, sich zu äußern.

**StRn Buchheim** weist darauf hin, dass die Verwaltung die Initiatoren des Einwohnerantrages zur Sitzung hätten einladen müssen um diese anzuhören.

**StR Scholz** ist der Meinung, dass negiert wird, dass der Derivathandel von 2004-2013 illegal betrieben wurde. Laut Geschäftsbericht gab es erst eine Genehmigung durch die Verbandsversammlung und die Kommunalaufsicht am 15.01.2013.

Dem **Obm** wurde mitgeteilt, dass der Grundsatzbeschluss im Abwasserverband zum Abschluss von Derivatgeschäften im Jahr 2004 gefasst wurde.

**StR Müller** kann dies nicht bestätigen, nach seinen Informationen wurde dieser im Jahre 2009 gefasst.

**Frau Rauer** führt aus, dass der Abwasserverband nur einen Teil der Kredite über Zinsderivate abgesichert hat. Wenn man die gesamten Kredite und deren Zinsen betrachtet, erhält man einen Durchschnittszinssatz der dem eines Kommunalkredites entspricht.

## **1.2 Feststellen der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung**

Der **Stadtratsvorsitzende** stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt ist und der Stadtrat mit 32 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.



## ÖFFENTLICHER TEIL

### 2.1 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)

**StR Heeg** moniert, dass beim TOP 2.10 bei der Antwort vom Obm auf die Schenkung der W-LAN-Router nicht protokolliert wurde, dass der Obm geäußert hat, dass er die Schenkung annimmt.

Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 27.04.2017 (öffentlicher Teil) wird einschließlich der Korrektur bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung bestätigt.

### 2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

Den Stadträten wurde ausgereicht:

- **Protokollauszug zum TOP 2.14 Änderung der Hauptsatzung**
- **Schreiben mit Hinweisen zum Anfertigen und Ändern der Niederschrift.** Die Regelungen sind in der Geschäftsordnung verankert und entsprechen der bisherigen Handlungsweise. Heute wird die Sitzung mit einem Diktiergerät aufgenommen, um zunächst die in der Verwaltung vorhandenen Geräte zu testen.

Der **Obm** informiert über **Änderungen im Sitzungsplan:**

- Der Heimausschuss, der für den 1. Juni geplant war, wird auf den 24.08.2017 verschoben.
- Der Hauptausschuss im Dezember wird vom 5. auf den 7.12.2017 verschoben.
- Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss am 29.06.2017 entfällt.

Der **Obm** teilt zum Rückbau der Telefonzelle in der Bärteichpromenade mit, dass diese nach Aussagen der Telekom mit Einnahmen unter 5 € im Monat unwirtschaftlich gewesen sei. Damit fällt auch der W-LAN-Hotspot weg. Die Telekom bot an, eine sehr einfache Telefonapparatur aufzustellen, die mit Kreditkarte zu bedienen wäre, diese hätte jedoch keinen W-LAN-Hotspot. Die Verwaltung wird der Telekom mitteilen, dass das Aufstellen einer einfachen Telefonapparatur nicht nötig ist.

Der **Obm** berichtet über die in der **Verbandsversammlung des AV Köthen** am 18.05.2017 gefassten öffentlichen Beschlüsse:

- Es erfolgte die Rücknahme des Beschlusses zur Wahl des Verbandsgeschäftsführers
- Es wurde beschlossen, Investitionsmittel in Höhe von 200.000 Euro zusätzlich für die Baumaßnahme „Erneuerung der Abwasserkanäle Fr.- Ludwig-Jahn-Straße“ bereitzustellen. Im Gegenzug wurden die Investitionsmaßnahmen in der Straße Am Hubertus und der Neubau eines Nacheindickers auf der Kläranlage ins Jahr 2018 verschoben.

Zu **Anfragen und Anregungen** aus vorangegangenen Sitzungen teilt der **Obm** Folgendes mit:

**StR Heeg informierte über ein Schreiben eines Köthener Bürgers, der die Lärmbelastung in der Maxdorfer Straße beklagt. StR Klimmek ergänzte, dass auch in der Maxim-Gorki Straße zwischen 4 und 6 Uhr morgens die Lärmbelastung durch LKWs sehr hoch ist.**

Laut Information der Polizei ist die Ausschilderung 7,5 t in der Maxdorfer Straße nicht korrekt, die Polizei wird dies mit dem Landkreis ABI klären. In der Maxim-Gorki-Straße wurde ein Verkehrszählgerät aufgestellt – die Messung ergab, dass in 7 Tagen 6 LKW's die Straße passierten.



***StR Gewinner stellte fest, dass die Grünphase für Fußgänger an der Lichtsignalanlage am Wasserturm zu kurz ist.***

Dazu wurde der verantwortliche Straßenbaulastträger LSBB angeschrieben. Dieser teilte mit, dass keine Änderungen an den Signalprogrammen vorgenommen wurden, aber aufgrund des Hinweises der kurzen Grünphase für Fußgänger eine Überprüfung veranlasst wird.

***StR Langner stellte fest, dass an der Gaststätte Martinskirche Betonelemente auf dem Gehweg stehen. Er bittet um Klärung und ggf. um Beräumung.***

Der Betreiber der Gaststätte „Vorstadtprinzessin“ in der Leipziger Straße beantragte eine Sondernutzung für eine Außenbewirtschaftung im davor befindlichen breiten Straßenbereich. Diese wurde nach verwaltungsinternen Absprachen und der Polizei dann durch das Ordnungsamt erteilt. Die Betonelemente dienen der Flächenbegrenzung und dem Schutz der Gäste, da sich die Fläche im öffentlichen Verkehrsraum befindet. Allerdings ist die Fläche noch zu verkleinern hier hat es noch einen entsprechenden Vor- Ort- Termin gegeben. Es sind auch noch weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen beauftragt hinsichtlich der Gestaltung zur besseren „Sichtbarmachung“ für die anderen Verkehrsteilnehmer.

***StR Scholz fragte nach, ob die Möglichkeit einer Tonnagebegrenzung für den Badeweg besteht, da hier weiterhin LKW's mit Ziel Lackfabrik in die Straße einbiegen und aufgrund der zu geringen Breite die Einfriedungen der angrenzenden Häuser gefährden.***

Für den Badeweg erfolgte vor mehr als 15 Jahren mit dem damaligen Kanalbau auch der grundhafte Straßenausbau. Aus der Planung ergaben sich keine Einschränkungen, die eine Nutzung der Anliegerstraße durch größere Fahrzeuge verbietet. Im Einmündungsbereich Leopoldstraße/Badeweg befindet sich beidseitig der Fahrbahn ein Gehweg. Um Beschädigung der Grundstückseinfriedungen zu verursachen, müssten die Fahrzeuge demnach den gesamten Gehweg überfahren. Dem Straßenbaulastträger sind keine Gehwegschäden bekannt, die aus Überfahrungen rühren. Aus verkehrsrechtlicher Sicht besteht ebenfalls kein Handlungsbedarf. Die Voraussetzungen für Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs ergeben sich aus dem § 45 Abs. 9 StVO. Aufgrund des grundhaften Ausbaus ist eine das allgemeine Risiko erheblich übersteigende Beeinträchtigung hier nicht festzustellen. Die geänderte Adresse der Lackfabrik wird künftig zur Entlastung des Badewegs vom LKW-Verkehr beitragen, weil die Lieferfahrzeuge nun anders geleitet werden.

**StR Scholz** bittet die Verwaltung, sich die Situation zunächst vor Ort anzusehen, bevor sie sich dazu äußert.

## **2.3 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird bei 3 Nein-Stimmen bestätigt.

## **2.4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen**

**Der Stadtrat führte seine 18. Sitzung am 27. April 2017 durch.  
Im nichtöffentlichen Teil wurden folgende Beschlüsse gefasst:**

### **Beschluss-Nr. 17/StR/18/006 - Verbeamtung**

1. Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt im Einvernehmen mit dem

Oberbürgermeister - unter Vorbehalt der Zustimmung des Landespersonalausschusses zur Zulassung einer Ausnahme zur Einstellung im zweiten Beförderungsamte -, Herrn Alexander Frolow mit Wirkung vom 01.07.2017 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Städtischen Direktor mit der Besoldungsgruppe A 15 Besoldungsordnung zu ernennen.

2. Der Stadtrat beschließt weiterhin die Gewährung der Aufwandsentschädigung für die allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters an Herrn Frolow auf Nachweis tatsächlicher Erhebungen bis maximal 120,00 € pro Monat ab 01.01.2018. Ab 2018 sind entsprechende Mittel im Haushalt einzustellen.

**Beschluss-Nr. 17/StR/18/007 - Veräußerung von Grundstücken**

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt den Verkauf der Garagenkomplexe Schützenplatz (Gärtnerei), Schützenplatz (Ziethen), Jürgenweg und Finkenweg zu einem Verkaufspreis von insgesamt 311.400,00 € an die Wohnungsgesellschaft Köthen mbH.

**Beschluss-Nr. 17/StR/18/008 - Veräußerung Integrative Kindertagesstätte "Waldfrieden"**

Die Stadt Köthen (Anhalt) veräußert die Integrative Kindertagesstätte „Waldfrieden“, Gemarkung Köthen, Flur 11 Flurstück 2 mit einer Fläche von 2.748 m<sup>2</sup> an die bisherige Pächterin Lebenshilfe gemeinnützige GmbH Köthen, Watterlos-Ring 9 in 06366 Köthen zu einem Gesamtkaufpreis von 330.317,48 €.

**Beschluss-Nr. 17/StR/18/009 - Verpachtung Ratskeller**

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt den Abschluss eines neuen Pachtvertrages zum Ratskeller Köthen zwischen der Stadt Köthen (Anhalt) und Herrn Andreas Auerbach zu folgenden geänderten Konditionen:

Pachtdauer 01.08.2017 – 31.12.2021, mit Option auf Pachtverlängerung

Pachtzins 01.08.2017 – 31.07.2019: 500 EUR/Monat, 01.08.2019 – 31.12.2021: 600 EUR/Monat

Alle weiteren vertraglichen Regelungen/Bedingungen aus dem bisherigen Pachtvertrag vom 05.05.2015 werden beibehalten.

**Beschluss-Nr. 17/StR/18/010 - Verhandlungsverfahren zur Auftragsvergabe für den Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung**

1. Der Stadtrat beschließt das Vertragsmodell und die Bewertungsmatrix entsprechend Sachdarstellung und Anlage 1 zur Auftragsvergabe gemäß GWB § 119 in Form eines Verhandlungsverfahrens nach § 17 VgV (Vergabeverordnung) für den Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung.

2. Der Stadtrat beschließt die zeitliche Folge zur Auftragsvergabe entsprechend Anlage 2.

**Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss führte seine 3. Sondersitzung am 11. Mai 2017 durch.**

***Im nichtöffentlichen Teil wurden folgende Beschlüsse gefasst:***

**Beschluss-Nr. 17/3.SOBSU/001- Vergabe Fachlos 1 - Objektplanung für Gebäude und Innenräume für die Maßnahme Stark V - Erweiterung und Sanierung Kita Erlebnisbaum**

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschloss, die Architekten- und Ingenieurleistungen gemäß HOAI Teil 3, Abschnitt 1 - Objektplanung für Gebäude und Innenräume sowie die Projektsteuerungsleistungen für die Maßnahme Stark V - Sanierung und Erweiterung Kindertagesstätte Erlebnisbaum an die Ingenieurgesellschaft Köthen/ Anhalt mbH in Höhe der Bruttoangebotssumme von vorläufig 229.981,46 € zu vergeben.

**Beschluss-Nr. 17/3.SOBSU/002 - Vergabe Fachlos 2 - Tragwerksplanung für die Maßnahme Stark V - Erweiterung und Sanierung Kita Erlebnisbaum**

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschloss, die Ingenieurleistungen gemäß HOAI Teil 4, Abschnitt 1 - Tragwerksplanung für die Maßnahme Stark V - Sanierung und Erweiterung Kindertagesstätte Erlebnisbaum an TKB Ingenieure GmbH in Höhe der Bruttoangebotssumme von vorläufig 35.454,59 € zu vergeben.

**Beschluss-Nr. 17/3.SOBSU/003 - Vergabe Fachlos 3 - Planungsleistung für die Technische Ausrüstung**

**zur Maßnahme Stark V - Erweiterung und Sanierung Kita Erlebnisbaum**

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschloss, die Ingenieurleistungen gemäß HOAI Teil 4, Abschnitt 2 - Technische Ausrüstung für die Maßnahme Stark V - Sanierung und Erweiterung Kindertagesstätte Erlebnisbaum an ETA-Plus - Beratung und Planung für Energie- und Umwelttechnik Köthen GmbH in Höhe der Bruttoangebotssumme von vorläufig 106.644,44 € zu vergeben.

**Beschluss-Nr. 17/3.SOBSU/004 - Vergabe der Bauleistung für die Instandsetzung des Gehweges auf der Marktwestseite, zwischen Löwenapotheke und Anschluss Schulstraße**

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschloss, die Bauleistungen zur Gehweginstandsetzung auf der Marktwestseite an die Firma KTSB Bau GmbH Köthen in Höhe der Bruttoangebotssumme von 36.734,11 € zu vergeben.

**Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss führte seine 24. Sitzung am 1. Juni 2017 durch.**

***Im nichtöffentlichen Teil wurden folgende Beschlüsse gefasst:***

**Beschluss-Nr. 17/BSU/24/002 - Vergabe Gehweginstandsetzung im Katharinenbogen**

Der BSU beschloss, die Bauleistungen zur Instandsetzung des Gehweges in 3 Teilbereichen des Katharinenbogens an die Firma Elektro Bohnefeld GmbH aus Löbejün/Wettin OT Schlettau in Höhe der Bruttoangebotssumme von 47.390,90 € zu vergeben.

**Beschluss-Nr. 17/BSU/24/003 - Vergabe der Bauleistungen zur Asphaltdeckschichterneuerung in der Bernburger Straße vom Knoten Lange Straße bis Magdeburger Straße**

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschloss, die Bauleistungen zur Asphaltdeckschichterneuerung in der Bernburger Straße vom Knoten Lange Straße bis zur Magdeburger Straße an die Firma Thiendorfer Fräsdienst GmbH & Co. KG in Höhe der Bruttoangebotssumme von 46.686,12 € zu vergeben.

**Der Hauptausschuss führte seine 18. Sitzung am 13. Juni 2017 durch.**

***Im nichtöffentlichen Teil wurden folgende Beschlüsse gefasst:***

**Beschluss-Nr. 17/HA/18/001- Vergabe zum Ausbau eines flächendeckenden NGA-Netzes im Stadtgebiet Köthen**

Der Hauptausschuss beschloss:

1. die Leistung zum Ausbau eines flächendeckenden hochleistungsfähigen NGA-Breitbandnetzes durch das Unternehmen Telekom Deutschland GmbH erbringen zu lassen;
2. den Oberbürgermeister zu beauftragen, für die Ausbauumsetzung einen Kooperationsvertrag mit der Telekom Deutschland GmbH abzuschließen.

**2.5 Beschluss über die Zulässigkeit des Einwohnerantrages gegen die hohen Kita- und Hortgebühren und unpraktikablen Hortzeiten**

Der Stadtrat beschließt einstimmig einen Redebeitrag der Unterzeichnerin des Einwohnerantrages, Frau Heubner, zuzulassen.

**Frau Heubner** begründet den Einwohnerantrag und erläutert, was die Initiatoren erreichen

wollen - der Stadtrat soll sich noch einmal mit dem Thema befassen und dann auch mit den Elternvertretern kommunizieren.



Der **Obm** erläutert die den Einwohnerantrag ablehnenden Gründe. Zum Vergleich der Gebühren mit anderen Städten führt er aus, welche Gründe es für die Unterschiede gibt. Er sichert zu, im September gemeinsam mit dem Gemeindevorstand eine Lösung zu suchen.

**StRn Buchheim** ist der Meinung, dass mit den Unterzeichnern des Einwohnerantrages eine Anhörung hätte durchgeführt werden müssen. Sie zitiert eine Kommentierung. Bzgl. der von der Verwaltung angeführten fehlenden Begründung auf der Rückseite einiger Unterschriftenlisten, die zur Unzulässigkeit des Einwohnerantrages führt, erklärt sie, dass es auf die Auslage der Begründung gar nicht ankommt. Im Kopf jeder Unterschriftenliste befindet sich ein Text und der ist ihrer Meinung nach ausreichend.

**StR Raubaum** regt an, auch die freien Träger zu dem geplanten Termin im September einzuladen, um einen gemeinsamen Konsens zwischen den kommunalen und den freien Trägern zu erreichen.

**StR Reisbach** kündigt an, dass seine Fraktion das Thema wieder auf die Tagesordnung bringen wird, sollte der Einwohnerantrag abgelehnt werden.

**Abstimmungsergebnis: 19 / 11 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)**

**2.6 Kündigung der Kulturverträge mit der Köthen Kultur und Marketing GmbH (im Folgenden „KKM GmbH“) und dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld (im Folgenden „LK ABI“)**

**Abstimmungsergebnis: 28 / 0 / 3 (Ja/Nein/Enthaltung)**

**2.7 Umgang mit den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Fasanerie**

**Abstimmungsergebnis: 20 / 7 / 4 (Ja/Nein/Enthaltung)**

**2.8 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1/8.2 "Beiderseits Merziener Straße", hier: Billigung des Planentwurfs und dazugehörige Begründung ohne Umweltbericht sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 13 (2) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB - Offenlagebeschluss -**

**Abstimmungsergebnis: 25 / 0 / 6 (Ja/Nein/Enthaltung)**

**2.9 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Gelände der ehemaligen Förderanlagen- und Kranbau Köthen GmbH" in Köthen (Anhalt), hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) - Abwägungsbeschluss**

**Abstimmungsergebnis: 27 / 3 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)**

**2.10 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Gelände der ehemaligen Förderanlagen- und Kranbau Köthen GmbH" in Köthen (Anhalt), hier:**

**Satzungsbeschluss**

***Abstimmungsergebnis: 27 / 3 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)***

### **2.11 Teilaufhebung Sanierungsgebiet**

***Abstimmungsergebnis: 28 / 3 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)***

### **2.12 Änderung Gestaltungssatzung Südliche Springstraße**

***Abstimmungsergebnis: 30 / 0 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)***

### **2.13 Änderung Gestaltungssatzung Burgstraße bis Ritterstraße**

***Abstimmungsergebnis: 30 / 0 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)***

### **2.14 Antrag der Fraktion DIE LINKE: Änderung der Hauptsatzung**

***Abstimmungsergebnis: 31 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)***

### **2.15 Beschluss gemäß § 12 Abs. 5 GKG LSA; Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführers des Abwasserverbandes Köthen**

**StR Reisbach** begründet den in der Vorlage enthaltenen Antrag der Fraktion Bürgerinitiative/Freie Wähler.

**StR Raubaum** bemerkt, dass die Kommunalaufsicht die Sichtweise der BI/FW nicht teilt. Er stellt die Situation dar, dass ein vom Stadtrat in die Verbandsversammlung bestelltes Mitglied anders stimmt als die anderen und damit anders als u.U. heute vom Stadtrat vorgegeben. Wie kann das sanktioniert werden?

**Frau Rauer** erklärt, dass die von den in die Verbandsversammlung entsendeten Mitgliedern abgegebenen Stimmen bei dem strittigen Beschluss, da sie ungleich waren, als Enthaltung gewertet werden. Deshalb hat die KAB geschrieben, dass der Wille des Gremiums nicht deutlich erkennbar ist und es deshalb zulässig ist, die Entscheidung zurück in den Stadtrat zu geben um die Vertreter dann mit einem gebundenen Mandat in die Verbandsversammlung zu schicken. Wenn die Entscheidung heute so ausfällt, dass ausgeschrieben werden soll, wird es nicht noch einen Beschluss in der Verbandsversammlung geben, sondern es wird direkt ausgeschrieben.

**StR Schönemann** fragt, ob in den Verbandsunterlagen explizit festgeschrieben ist, wie zu verfahren ist, wenn ein weisungsgebundenes Mandat nicht wahrgenommen wird. Sanktionen sind seines Wissens nicht festgelegt worden. Daraus folgt, dass, wenn der Stadtrat heute das gebundene Mandat beschließt, dieses nur moralisch verwertbar ist.

**StR Müller** macht deutlich, dass er sich zu nichts verpflichtet fühlt, außer seinem Gewissen. Er war bei der Kommunalaufsicht und wollte wissen, ob der Beschluss der Verbandsversammlung rechtskräftig ist, dort antwortete man ihm nach einigem Hin und Her mit ja. Er möchte wissen, auf welche Gesetzlichkeit sich die Verwaltung beruft, diesen Beschluss der Verbandsversammlung durch den Stadtrat wieder aufheben zu lassen.

**StR Maaß** reduziert die Diskussion auf die Frage, ob die Stelle ausgeschrieben werden soll

oder nicht.

**StR Dr. Buchheim** hält er für einen Verstoß, die Beschlüsse des Abwasserverbandes wieder auszuhebeln.

**Frau Rauer** zitiert aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht, dass Rechtsgründe, die gegen eine Befassung des Stadtrates mit der Angelegenheit Stellenausschreibung Verbandsgeschäftsführer – trotz Beschluss vom 16.03.2017 – sprechen, nicht ersichtlich sind. Für die Zukunft steht fest, dass die Ladungsfristen so lang sein müssen, dass sich der Stadtrat im Vorfeld damit befassen kann.

**StR Müller** beantragt namentliche Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 5 / 25 / 1 (Ja/Nein/Enthaltung)**

## **2.16 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**

**StR Heeg** fragt, ob zur Schenkung der Eichen auch die Leistung der Pflanzung gehört? Außerdem möchte er wissen, was in Arensdorf stattfindet.

Der **Obm** teilt mit, dass die Köthen Energie die Eichen gepflanzt hat und danach die Höhe der Schenkung mitgeteilt wurde. In Arensdorf findet in jedem Jahr das Heimat- und Truckerfest statt und die Finanzierung organisieren die Arensdorfer über sehr viele Kleinspenden, die der Obm genehmigen kann, aber diesmal gab es eine größere Spende, die dem Stadtrat nun vorliegt.

**Abstimmungsergebnis: 31 / 0 / 0 (Ja/Nein/Enthaltung)**

## **2.17 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)**

**StR Gewinner** ist aufgefallen, dass in der Mittelstraße 10 aus einem Wohnhaus eine Garage gemacht wurde und fragt ob das rechtens ist.

Der **Obm** teilt mit, dass die Umwandlung genehmigt wurde.

**StR Reisbach** fragt, ob die Stadt im Zuge der Sanierung der Kita Erlebnisbaum und Buratino in das Ausweichquartier ehemalige Kita Am Stadion investiert, welches vor kurzer Zeit veräußert wurde.

Der **Obm** antwortet, dass dies stimmt, jedoch in sehr geringem Umfang. Die Höhe der Kosten werden nachgereicht.

**StR Lehmann** fragt, warum in der Feldstraße Parkverbotsschilder wegen Reinigung aufgestellt wurden, da dort normalerweise aufgrund des Holperpflasters nicht gereinigt werden kann. Weiterhin fragt er, warum das Parkverbot in anliegenden Straßen jeweils an anderen Tagen gilt.

**Frau Rauer** antwortet, dass die Reinigung an verschiedenen Tagen in angrenzenden Straßen extra so durchgeführt wird, damit die Anwohner in den jeweils anderen Straßen parken können. Ob in der Feldstraße eine Reinigung möglich ist, wird geprüft.

**StR Schönemann** fragt, wer die Jahresabschlüsse bzgl. der Derivate geprüft hat.

**Frau Rauer** antwortet, dass dies das Rechnungsprüfungsprüfungsamt des Landkreises durchgeführt hat.

**StR Schönemann** regt erneut an, die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses dem Hauptausschuss zu übertragen.

Der **Obm** wird dies im Zuge von weiteren Änderungen der Hauptsatzung im September zur Abstimmung stellen.

**StR Heeg** ist aufgefallen, dass die Straßen im Stadtkern in den letzten Tagen neu verfugt wurden und ist der Meinung, dass das Füllmaterial aufgrund des Mischungsverhältnisses nicht geeignet ist.

Der **Obm** antwortet, dass nicht nur die Feinanteile, sondern auch die Lehmanteile des Füllmaterials wichtig sind.

**StR Scholz** fragt wie bereits in einem zurückliegenden Stadtrat nach dem Zustand eines Hauses in der Leopoldstraße, er bittet um nochmalige Prüfung.

**StR Barche** erklärt, dass er aus beruflichen Gründen sein Mandat niederlegt.

Der **Stadtratsvorsitzende**, **StR Heeg** und der **Obm** bedanken sich für die geleistete Arbeit im Stadtrat.

**Ende öffentlicher Teil: 21:00 Uhr**